

**Einführungsvorträge am Sozialgipfel
Eine Veranstaltung der Konsequenten Interessensvertretung
(KIV), www.kiv.at**

**Wann: 18. März 2010, 16 - 20.30 Uhr
Wo: Wiener Rathaus, Volkshalle**

Elisabeth Hammer von der FH Wien referierte als Ökonomin und Sozialarbeiterin zum Thema "Soziale Arbeit braucht mehr (als nur) Geld" und beleuchtete die Ökonomisierung als Herrschaftsform, die zu Prekarisierungsprozessen im Sozialbereich führt.

AdressatInnen sozialer Arbeit werden so zunehmend in die Rolle von BittstellerInnen drängt. Das gehe auch mit massiven Prozessen der Dequalifizierung und Deprofessionalisierung einher, so dass durch Re-Taylorisierung (=Zergliederung von Handlungsbezügen) Einzelfall- und Prozessorientierung unmöglich würden.

Gefordert wurde, dass soziale Arbeit an und mit Menschen nicht nach der Logik und Wertigkeit industrieller Fertigung erfolgen kann. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in der sozialen Arbeit ist damit auch ein Kampf um eine anderen Wohnfahrtsstaat für uns alle.

Nikolaus Dimmel referierte zum Thema "Soziale Arbeit in der Krise". Der Wachstumsmarkt soziale Arbeit sei uneinheitlich: 6000 Unternehmen beschäftigen 140.000 Menschen (240.000 wenn das Gesundheitswesen dazu gerechnet wird). 2009 gab es eine Steigerung von 40% in der AMS -Förderung, um 18 % bei seniorenbezogenen Dienstleistungen und um 70% beim Pflegeaufwand und relative Rückgänge in den Bereichen Drogen, Migration und Jugend.

Vermeht wird von Sozialmärkten gesprochen und von KundInnen statt KlientInnen. Sozialwirtschaftliche Unternehmen sind so gezwungen sich "Nachfragen" anzupassen. Es entstehen sog. MONOPSON-Strukturen, in denen viele Anbieter einem Nachfrager gegenüberstehen (z.B. Fonds Soziales Wien), so gerät Sozialarbeit immer mehr in die Rolle eines Erfüllungsgehilfen der Sozialverwaltung. Die Trägerstruktur ist geprägt von einigen "Big Playern", einigen mittleren und einer Fülle von Kleinunternehmern. Die Regulierungsverfahren nehmen vor allem auf die "Big Player" Bedacht. So ist der BAGS-KV Teil einer Kartellierungspolitik der "Großen" um Marktanteile zu sichern.

Die Einkommensstruktur macht immer mehr Personen und hier vor allem Frauen (79% der Branche) in diesem Bereich zu Working Poor (z.B. mobiler Hilfsdienst: € 1200.- brutto + Zulagen bei flexibler Arbeit und Arbeit auf Abruf). Die Finanzierungszusagen sind so unzuverlässig, dass die sozialwirtschaftlichen Unternehmen eigentlich jährlich Konkurs anmelden müssten, da die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht gewährleistet ist. Durch fehlende Planung auf Verwaltungsebene können diese Unternehmen auch keine sinnvollen Planungen mehr erstellen.

Als Perspektiven wird eine kammerförmige Vertretung der Sozialwirtschaft angedacht, die der Vertretung der Berufe und der Unternehmen in diesem Bereiche dienen sollte.
